

# **Satzung**

für den

## **PENSIONS-SICHERUNGS-VEREIN**

### **Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit**

**zuletzt geändert durch Beschluss der Mitgliederversammlung am 01. Juli 2009**

---

#### **I.**

### **Allgemeine Bestimmungen**

#### **§ 1**

##### **Rechtsform, Name, Sitz**

- (1) Das Unternehmen ist ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.
- (2) Das Unternehmen führt den Namen "PENSIONS-SICHERUNGS-VEREIN Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit" (im folgenden PSVaG genannt).
- (3) Sitz des Unternehmens ist Köln.

#### **§ 2**

##### **Zweck des Unternehmens**

- (1) Zweck des PSVaG ist die Gewährleistung der betrieblichen Altersversorgung für den Fall der Insolvenz eines Arbeitgebers in der Bundesrepublik Deutschland und im Großherzogtum Luxemburg nach den gesetzlichen Vorschriften (Betriebsrentengesetz vom 19.12.1974 BGBl I S. 3610 - BetrAVG; Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über Zusammenarbeit im Bereich der Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung vom 22.09.2000) und nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung (AIB) in der jeweils gültigen Fassung, die der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorliegt.
- (2) Der PSVaG versichert übernommene Rentenansprüche nach Maßgabe von § 8 Abs. 1 BetrAVG bei dem Konsortium von Lebensversicherungsunternehmen für den PSVaG gemäß dem Rahmenvertrag vom 13./18.02.1975 bei Unternehmen der Lebensversicherung oder bei Pensionskassen.
- (2a) Der PSVaG überträgt die gegen ihn gerichteten Ansprüche auf den Pensionsfonds, dessen Trägerunternehmen die Eintrittspflicht nach § 7 BetrAVG ausgelöst hat, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Aufsichtsbehörde) auf Antrag des Pensionsfonds hierzu die Genehmigung erteilt.
- (3) Der PSVaG bezweckt nicht die Erzielung von Gewinnen.

## § 3

### **Mitgliedschaft**

- (1) Die Mitgliedschaft beginnt mit Abschluss der Versicherung. Die Versicherung ist abgeschlossen, wenn der PSVaG die Meldung einer sicherungspflichtigen betrieblichen Altersversorgung durch den Arbeitgeber schriftlich bestätigt.
- (2) Die Mitgliedschaft endet mit dem Tag,
  - seit dem bei dem Mitglied keine betriebliche Altersversorgung gemäß § 10 Abs. 1 BetrAVG mehr durchgeführt wird oder
  - an dem einer der in § 7 Abs. 1 BetrAVG aufgezählten Sicherungsfälle bei dem Mitglied eingetreten ist, mit Ausnahme der Fälle, in denen der Arbeitgeber oder der sonstige Träger der Versorgung Leistungen der betrieblichen Altersversorgung auch nach Eintritt des Sicherungsfalles zu erbringen hat oder
  - an dem die Voraussetzungen der Ausnahmegvorschrift des § 17 Abs. 2 BetrAVG eingetreten sind.
- (3) Ausnahmsweise können Versicherungsverhältnisse mit der Bestimmung bestehen, dass die Versicherungsnehmer nicht Mitglieder sind.

## § 4

### **Beiträge**

- (1) Der PSVaG erhebt Beiträge nach den Vorschriften des Betriebsrentengesetzes. Der Beitrag ist ein Jahresbeitrag. Auf die Beiträge werden Vorschüsse erhoben. Nachschüsse werden nicht erhoben. Leistungskürzungen sind nur nach Maßgabe des Betriebsrentengesetzes zulässig.
- (2) Bei Beginn oder Ende der Beitragspflicht im Laufe eines Kalenderjahres wird ein anteiliger Jahresbeitrag erhoben. Dieser ergibt sich aus dem Verhältnis der beitragspflichtigen Tage zur Gesamtzahl der Tage im entsprechenden Kalenderjahr unter Berücksichtigung des zum Jahresende festzusetzenden Beitragssatzes.
- (3) Zusätzlich zu den Jahresbeiträgen gemäß Absatz 1 erhebt der PSVaG einen Einmalbeitrag nach den Vorschriften des Betriebsrentengesetzes zur Nachfinanzierung der bis zum 31. Dezember 2005 aufgrund eingetretener Insolvenzen zu sichernden Anwartschaften.

## § 5

### **Verlustrücklage, Ausgleichsfonds**

- (1) Zur Deckung eines außergewöhnlichen Verlustes aus dem Geschäftsbetrieb ist eine Rücklage zu bilden. Ihr sind bis zur Höhe von 50 Mio. EUR, beginnend mit dem Geschäftsjahr 1995, jährlich mindestens 10 Mio. EUR zuzuführen. Danach werden ihr jährlich 2 % der Verlustrücklage, mindestens 1 Mio. EUR zugeführt. Eine Zuführung kann für ein Geschäftsjahr unterbleiben, in dem sich überdurchschnittliche Schadenaufwendungen ergeben. Eine Zuführung kann auch dann unterbleiben, wenn die Verlustrücklage mehr als 20 % des Durchschnittsschadens der letzten fünf Jahre beträgt.
- (2) Darüber hinaus ist ein von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht festgesetzter Ausgleichsfonds zu bilden. In Jahren, in denen sich außergewöhnlich hohe Beiträge ergeben würden, kann zu deren Ermäßigung der Ausgleichsfonds in einem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu genehmigenden Umfang herangezogen werden.

## § 6

### **Überschussverwendung**

Der nach den Zuführungen zu der Verlustrücklage und dem Ausgleichsfonds verbleibende Überschuss eines Geschäftsjahres ist zur anteiligen Ermäßigung der Beiträge für das folgende Geschäftsjahr zu verwenden.

## § 7

### **Vermögensanlage**

Das Vermögen ist nach den gesetzlichen Vorschriften und den Richtlinien der Aufsichtsbehörde anzulegen.

## § 8

### **Bekanntmachung, Geschäftsjahr**

- (1) Bekanntmachungen des PSVaG, die durch Gesetz oder Satzung vorgeschrieben sind, werden im „elektronischer Bundesanzeiger“ veröffentlicht.
- (2) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

## **II.**

### **Organe des PSVaG**

#### **1. Vorstand**

## § 9

### **Geschäftsführung, Vertretung, Vorsitzender des Vorstandes, Zeichnung, Geschäftsordnung**

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen.
- (2) Der Vorstand leitet den PSVaG und vertritt ihn gerichtlich und außergerichtlich.
- (3) Ein Vorstandsmitglied kann zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellt werden.
- (4) Der PSVaG wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.
- (5) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, sofern nicht der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung für den Vorstand erlässt.

## **2. Aufsichtsrat**

### **§ 10**

#### **Allgemeine Bestimmungen**

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf Personen.
- (2) Die von der Mitgliederversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder dürfen nicht in einem anderweitigen Dienstverhältnis für den PSVaG tätig sein.
- (3) Die von der Mitgliederversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder werden für die Zeit bis zur Beendigung der Mitgliederversammlung bestellt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Wiederwahl ist zulässig.
- (4) Ersatzmitglieder können bestellt werden.
- (5) Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten neben dem Ersatz ihrer baren Auslagen eine angemessene Vergütung (zuzüglich der hierauf zu entrichtenden Umsatzsteuer).

### **§ 11**

#### **Erlöschen der Mitgliedschaft**

Die von der Mitgliederversammlung gewählten Aufsichtsratsmitglieder verlieren ihre Mitgliedschaft im Aufsichtsrat durch

1. freiwilligen Austritt,
2. Abberufung durch die Mitgliederversammlung,
3. Abschluss eines anderweitigen Dienstvertrages mit dem PSVaG.

### **§ 12**

#### **Vorsitzender**

- (1) Der Aufsichtsrat wählt jährlich unmittelbar nach der Mitgliederversammlung, die über seine Entlastung beschlossen hat, aus seiner Mitte seinen Vorsitzenden und mindestens einen Stellvertreter. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl des Vorsitzenden leitet das an Lebensjahren älteste anwesende Aufsichtsratsmitglied.
- (2) Den Vorsitz in Sitzungen des Aufsichtsrates führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder sein Stellvertreter oder, falls beide verhindert sind, das an Lebensjahren älteste anwesende Mitglied des Aufsichtsrates.

### **§ 13**

#### **Beschlüsse, Einladung des Vorstandes**

- (1) Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens sieben Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Sitzungsleiters den Ausschlag.
- (2) Zu den Sitzungen des Aufsichtsrates ist in der Regel der Vorstand einzuladen.

## § 14

### **Aufgaben und Ermächtigung des Aufsichtsrates**

- (1) Dem Aufsichtsrat obliegt insbesondere:
  1. Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder; Abschluss, Änderung und Aufhebung der Anstellungsverträge mit ihnen; Bestellung des Vorsitzenden des Vorstandes,
  2. Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes,
  3. Beschlussfassung über den Jahresabschluss,
  4. Bestellung des Abschlussprüfers,
  5. Zustimmung zum Erwerb, zur Bebauung, zur Veräußerung und zur dinglichen Belastung von Grundstücken, mit Ausnahme des Erwerbs in Zwangsversteigerungen zur Sicherung eingetragener Rechte des PSVaG und der Veräußerung von Grundstücken, die auf den PSVaG kraft Gesetzes übergegangen sind,
  6. Zustimmung zu dem vom Vorstand festgesetzten Beitragssatz,
  7. Festsetzung der eigenen Geschäftsordnung.
- (2) Der Aufsichtsrat kann im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften aus seiner Mitte für bestimmte Aufgaben Ausschüsse bilden. Den Ausschüssen können, soweit gesetzlich zulässig, auch Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrates übertragen werden.
- (3) Der Aufsichtsrat ist ermächtigt,
  1. die Satzung und AIB zu ändern, soweit dies nur die Fassung betrifft,
  2. Beschlüsse der Mitgliederversammlung über eine Änderung der Satzung abzuändern, soweit die Aufsichtsbehörde es vor der Genehmigung verlangt,
  3. dringliche Änderungen der AIB vorläufig vorzunehmen; diese Änderungen sind der Mitgliederversammlung bei ihrem nächsten Zusammentritt vorzulegen und außer Kraft zu setzen, wenn sie es verlangt.
- (4) Der Vorsitzende oder sein Stellvertreter sind befugt, Erklärungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse namens des Aufsichtsrates abzugeben.

### **3. Mitgliederversammlung**

## § 15

### **Versammlungen, Teilnahme und Stimmberechtigung, Bevollmächtigte**

- (1) Die Mitgliederversammlung ist die oberste Vertretung des PSVaG.
- (2) Die Mitgliederversammlung findet am Sitz des Vereins statt.
- (3) Jedes Mitglied hat in der Mitgliederversammlung eine Stimme.
- (4) Die Mitglieder sind in der Mitgliederversammlung antrags- und stimmberechtigt, sofern sie ihre Teilnahme nicht später als am 30. Tag vor der Versammlung beim Vorstand des PSVaG schriftlich angemeldet haben. Als Bestätigung der Anmeldung wird vom Vorstand eine Eintrittskarte übersandt.
- (5) Das Stimmrecht kann durch Bevollmächtigung ausgeübt werden. Die Vollmacht (Einzel- oder Dauervollmacht) muss für jede Mitgliederversammlung im Original vorgelegt werden. Zweifel über die Gültigkeit einer Vollmacht entscheidet nach Anhörung des Vorstandes der Vorsitzende in der Mitgliederversammlung.
- (6) Das Antrags- und Stimmrecht besteht nicht, wenn die Mitgliedschaft vor dem oder am Tage der Mitgliederversammlung endet.

## § 16

### **Vorsitzender**

Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder sein Stellvertreter oder, falls beide verhindert sind, das an Lebensjahren älteste anwesende Mitglied des Aufsichtsrates. Ist in der Mitgliederversammlung kein Mitglied des Aufsichtsrates anwesend, so wählt diese unter Leitung eines Vorstandsmitgliedes für diese Versammlung ihren Vorsitzenden.

## § 17

### **Zusammentreten, Einberufung, Beschlussfähigkeit**

- (1) Die Mitgliederversammlung tritt einmal jährlich innerhalb der ersten acht Monate zu ihrer ordentlichen Versammlung zusammen.
- (2) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss innerhalb einer Frist von sechs Wochen einberufen werden, wenn mindestens 5 % der Mitglieder dies unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich verlangen; das Verlangen ist an den Vorstand zu richten.
- (3) Die Mitgliederversammlung wird durch den Vorstand einberufen. Die Einberufung muss unter Angabe der Firma, des Sitzes des PSVaG, der Zeit, des Ortes und der Tagesordnung der Versammlung mindestens einen Monat vor dem Ablauf der Anmeldefrist des § 15 Abs. 4 Satz 1 nach den gesetzlichen Vorschriften bekanntgemacht werden. Außerdem sind die Aufsichtsratsmitglieder zur Versammlung einzuladen.
- (4) Eine Anzahl von mindestens 5 % der Mitglieder kann spätestens eine Woche nach der Bekanntmachung der Mitgliederversammlung im Bundesanzeiger verlangen, dass bestimmte Anträge zur Beschlussfassung der Mitgliederversammlung angekündigt werden.
- (5) Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Stimmberechtigten beschlussfähig.

## § 18

### **Änderungen der Satzung und der AIB, Minderheitsrechte, Wahlen**

- (1) Die §§ 2 Abs. 1 und 3, 15 Abs. 1 und 3, 18 und 22 der Satzung können nur durch einstimmigen Beschluss der Mitgliederversammlung geändert werden. Hat ein Antrag nach Satz 1 eine Mehrheit von wenigstens  $\frac{3}{4}$  der abgegebenen Stimmen gefunden, so kann er in einer weiteren Mitgliederversammlung erneut eingebracht werden. Zwischen beiden Versammlungen muss ein Zeitraum von mindestens einem Jahr liegen. Der Antrag bedarf in diesem Fall zu seiner Annahme nur der Zustimmung von  $\frac{3}{4}$  der Mitglieder.
- (2) Im Übrigen genügt zu Änderungen der Satzung und der AIB eine Mehrheit von  $\frac{3}{4}$  der abgegebenen Stimmen. Die §§ 4 bis 8 der AIB können aufgrund der besonderen Aufgabenstellung des Versicherers als gesetzlicher Träger der Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung mit Wirkung für bestehende Versicherungsverhältnisse geändert werden, sofern dies durch Änderung des Gesetzes oder höchstrichterlicher Rechtsprechung veranlasst ist.
- (3) Soweit gesetzliche Vorschriften einer Minderheit von Mitgliedern besondere Rechte gewähren, stehen sie einer Minderheit von mindestens 5 % der Mitglieder zu.
- (4) Bei Wahlen ist der gewählt, auf den die meisten Stimmen entfallen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das der Vorsitzende zieht.

## § 19

### **Aufgaben**

Der Mitgliederversammlung obliegt insbesondere

1. Entgegennahme des Lageberichtes, des Jahresabschlusses und des Berichtes des Aufsichtsrates sowie die Feststellung des Jahresabschlusses, wenn sich der Vorstand und der Aufsichtsrat für die Feststellung durch die Mitgliederversammlung entscheiden oder der Aufsichtsrat den Jahresabschluss nicht billigt,
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates,
3. Änderung der Satzung und der AIB sowie Zustimmung zur Kündigung des Rahmenvertrages nach § 2 Abs. 2,
4. Wahl der Aufsichtsratsmitglieder, Widerruf ihrer Bestellung und Bestimmung der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder,
5. Feststellung der eigenen Geschäftsordnung.

### **4. Beirat**

## § 20

### **Aufgaben**

- (1) Der PSVaG kann einen Beirat erhalten.
- (2) Der Beirat berät Aufsichtsrat und Vorstand.

## § 21

### **Zusammensetzung, Bestellung, Amtszeit**

- (1) Der Beirat besteht höchstens aus zwölf Personen. Er setzt sich zu je einem Drittel aus Vertretern
  - a) der Mitglieder,
  - b) der Lebensversicherungsunternehmen, mit denen der PSVaG Versicherungsverträge auf das Leben der versicherten Arbeitnehmer abschließt,
  - c) der Arbeitnehmer der Mitgliederzusammen.
- (2) Für die Wahl des Beirates sind vorschlagsberechtigt
  - für die Mitglieder gemäß Abs. (1) Buchst. a)  
die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V., Berlin
  - für die Mitglieder gemäß Abs. (1) Buchst. b)  
der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Berlin<sup>1</sup>
  - für die Mitglieder gemäß Abs. (1) Buchst. c)  
die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sowie sonstige selbständige Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung.

Der Beirat wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Soweit von den vorschlagsberechtigten Organisationen nicht mehr Beiratsmitglieder benannt werden als zu wählen sind, kann der Beirat unmittelbar vom Aufsichtsrat bestellt werden.

---

<sup>1</sup> als Rechtsnachfolger des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen e.V.

- (3) Die Amtszeit der Mitglieder des Beirates beträgt fünf Jahre. Wiederwahl oder -bestellung ist zulässig.
- (4) Den Mitgliedern des Beirates kann neben dem Ersatz ihrer baren Auslagen eine Vergütung gewährt werden. Diese wird vom Aufsichtsrat festgesetzt.

### III.

## Auflösung

### § 22

- (1) Soll der PSVaG durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden, so muss dies zunächst durch Mitgliederversammlungsbeschluss angekündigt werden. Über die Auflösung selbst darf erst in einer weiteren Mitgliederversammlung beschlossen werden. Zwischen beiden Versammlungen muss ein Zeitraum von mindestens einem Jahr liegen.
- (2) In beiden Fällen bedarf der Beschluss der Zustimmung von  $\frac{3}{4}$  der Mitglieder.
- (3) Über die Verwendung des nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten etwa verbleibenden Vermögens beschließt die nach Abs. 1 Satz 2 zuständige Mitgliederversammlung. § 14 Abs. 2 Satz 2 BetrAVG bleibt unberührt.